STADTAMT BRAUNAU AM INN

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Donnerstag, dem 25.3.2010 im Stadttheater-Foyer stattgefundene Sitzung des

G e m e i n d e r a t e s

Beginn: 17.15 Uhr Ende: 20.30 Uhr

Vorsitzender: Bürgermeister Gerhard Skiba

Gemeinderatsmitglieder:
Vbgm. Ingrid Neulinger, GR Maximilian Angermeier, StR Friedrich Krulis, GR Ing. Günter Weibold, GR Josef Schrattenecker, StR Harry Buchmayr, GR Adam Georg, StR Günter Pointner, GR Wolfgang Höfelsauer, GR Renate Mann, GR Friedrich Wagner, GR Elfriede Kronberger, GR Wolfgang Buttinger, GR Anton Guttenbrunner, Vbgm. Brigitte Zeillinger, StR Franz Köstler, GR Mag. Ing. Gerhard Haberfellner, GR Christian Schilcher, GR Dr. Oskar Bertl, GR Josef Ortner, GR Manuela Kinder, StR KR Helmut Bogner, GR Silvia Mayr, GR Dr. Florian Lackner, GR Alexandra Furtner-Probst, GR Wilfried Hiebl, GR Tanja Steinhögl

Entschuldigt abwesende Gemeinderatsmitglieder:
GR Patrick Kasper, GR Adolf Burgstaller jun., GR Leopold Spitzenberger, GR Manfred Renner, GR Mag. DI Manfred Hackl, StR Lizeth Außerhuber-Camposeco, GR Elke Gapp, GR Alexander Barth, GR Mag. Johannes Waidbacher,

Anwesende Gemeinderatsersatzmitglieder:
GRE Alois Starlinger, GRE Michael Zirps, GRE Tina Hintermaier, GRE Karl Watzek, GRE Friedrich Schmid, GRE Gerhard Herlbauer, GRE Martin Forster, GRE Anton Bernroithner, GRE Romana Großberger

Anwesende Gemeindebedienstete:
Dr. Robert Bernroitner, Karl Probst MPA

Schriftführerin: Ingrid Trauner

Der Vorsitzende eröffnet die Gemeinderatssitzung und stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Weiters verweist er darauf, dass die Verhandlungsschrift der Gemeinderatssitzung vom 10.12.2009 aufliegt und diese als genehmigt gilt, wenn bis Ende der Sitzung kein Einwand erhoben wird.

Bgm. Skiba teilt mit, dass für die heutige Sitzung ein Dringlichkeitsantrag aller Gemeinderatsfraktionen vorliegt und ersucht die Mitglieder des Gemeinderates um Aufnahme in die Tagesordnung. Es handelt sich um die Einsetzung eines Einsparungsbeirates.

Antrag:
Antrag an den Gemeinderat, dass dem Punkt die Dringlichkeit zuerkannt wird (offene Abstimmung durch den gesamten Gemeinderat)

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

A:

I. Anträge gemäß § 46 Abs. 2 der OÖ. Gemeindeordnung:

1. Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion gemäß § 46 Abs. 2 der OÖ. Gemeindeordnung

Bgm. Skiba berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt und teilt weiters mit, dass diese Bürgerfragestunde zwischen dem A- und B-Teil behandelt werden soll.

GR Mag. Ing. Haberfellner sagt, dass so eine Bürgerfragestunde in einigen Gemeinden im Bezirk Braunau bereits gemacht wird und großen Anklang findet, wie z. B. in der Gemeinde Altheim. Es gibt keine bessere Gelegenheit als in einer Gemeinderatssitzung, wo der Bürger Fragen, Anregungen und Wünsche an den Gemeinderat richten kann. Die FPÖ-Fraktion sieht eine Bürgerfragestunde als weiteren Beitrag zu bürgernahen Gemeindepolitik und hofft, dass sich auch die anderen Fraktionen diesem Antrag anschließen werden.

GR Dr. Bertl sagt, dass die Grüne-Fraktion diesen Antrag auch sehr gut findet, vor allem auch weil es bei den Grünen schon ähnliche Überlegungen gegeben hat. Er glaubt auch, dass der Gemeinde eine Bürgernähe gut tut.

GR Hiebl sagt, dass die BZÖ-Fraktion diesem Antrag auch zustimmen wird. Er möchte aber dazu noch feststellen, dass es bereits früher in diesem Sinne eine Bürgernähe gegeben hat. Früher wurden von den Leuten die Fraktionsvertreter in Kenntnis gesetzt und um Hilfe gebeten. Bei der Bürgerfragestunde wird es aber nicht ganz so einfach

werden, wenn es um ganz konkrete Dinge geht, da man die Akten nicht sofort einsehen kann.

GR Dr. Lackner sagt, dass auch die ÖVP-Fraktion diesem Antrag zustimmen wird. Er stellt aber weiters fest, dass es zum Beispiel in Schärding in den letzten 6 Jahren keine einzige Frage gegeben hat. Es wird wahrscheinlich kein so großer Andrang zu erwarten sein, aber wir werden sehen, wie sich das entwickeln wird. Im Übrigen funktioniert jede Auskunftsmöglichkeit im Stadtamt Braunau sehr gut. Es soll aber auch diese Möglichkeit genutzt werden und daher wird die ÖVP-Fraktion diesem Antrag zustimmen.

GR Angermeier sagt, dass auch die SPÖ-Fraktion diesem Antrag zustimmen wird. Wir haben zwar ein sehr offenes Stadtamt, wo jeder Bürger zu jeder Zeit jede Auskunft bekommt. Es werden auch die meisten Anfragen sehr persönlicher Art sein, aber wenn nur einzelnen geholfen werden kann mit so einer Bürgerfragestunde, dann ist es genug.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP I/1 abstimmen.

Antrag:
Ab sofort wird es nach jeder Gemeinderatssitzung (Tagesordnungspunkt. Allfälliges abgehandelt) eine Bürgerfragestunde geben

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an GR/Tr am 26.3.2010

2. Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion gemäß § 46 Abs. 2 der OÖ. Gemeindeordnung

Bgm. Skiba berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

GR Mag. Ing. Haberfellner sagt, dass im Land Oberösterreich viele Gemeinden in der letzten Zeit Abgangsgemeinden geworden sind und leider auch Braunau. Es kann nicht sein, dass das so weiter geht, wir müssen aus der Schuldenfalle rauskommen. Die Finanzierung der Krankenhäuser und Sozialhilfe ist eigentlich Sache des Landes und die steigenden Kosten können nicht länger auf die Gemeinden abgewälzt werden. Um Einsparungen im Bereich der Verwaltung in den Gemeinden zu finden, ist der Landesrechnungshof unserer Meinung nach das richtige Instrument. In den letzten 10 Jahren hat der Landesrechnungshof ein Einsparungspotential in der Höhe von ca. 300 Millionen EURO herausgefunden. Auf der Tagesordnung finden wir unter II/2 auch eine weitere Resolution zur finanziellen Lage der Städte. Es soll hier nicht überlegt werden, ob dieser Resolution oder der anderen zugestimmt werden soll, es kann nur heißen sowohl als auch, für das Wohlwollen von Braunau.

GR Hiebl sagt, das er von Resolutionen nichts hält, weil die meisten sowieso schubladiert werden. Er kann sich nicht daran erinnern, dass eine Resolution schon einmal umgesetzt worden ist und zwar im positiven Sinn. Grundsätzlich kann man dieser Resolution aber zustimmen, weil es ja in erster Linie darum geht die Bürger zu entlasten und nicht zu belasten. Es ist auch klar, dass auf die Gemeinden immer mehr Aufgaben zukommen. Der Landesrechnungshofbericht aus 2007 liegt auf und aus diesem kann man schon ableiten, was in Braunau zu machen wäre. Die BZÖ-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen.

GR Dr. Bertl stellt zu den Resolutionen fest, dass diese seines Erachtens Willenskundgebungen sind und ob diese etwas bewirken oder nicht sei dahingestellt. Es wurde bereits angesprochen und zwar die Kosten für Krankenanstaltenfonds und Sozialhilfefonds. Land und Gemeinden müssen sich hier zusammen finden und eine Lösung finden. Die Grüne-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP I/2 abstimmen.

Antrag:
Mit großer Sorge um die finanzielle Handlungsfähigkeit der oberösterreichischen Gemeinden fordert der Gemeinderat aus Braunau die Oberösterreichische Landesregierung auf, sofort einen „Oberösterreich-Konvent“ unter Einbeziehung des Landesrechnungshofes einzuberufen. Dieser muss raschest Lösungen gegen die Schuldenfalle der Gemeinden erarbeiten und die Ergebnisse sind umgehend umzusetzen.

Beschluss:
Antrag angenommen

Für den Antrag:
SPÖ-, FPÖ-, Grüne- und BZÖ-Fraktion
Gegen den Antrag:
ÖVP-Fraktion

an GR/Tr am 26.3.2010

II. Anträge des Bürgermeisters:

1. Behandlung der in der Tagesordnung unter Teil „B“ angeführten Verhandlungsgegenstände

Bgm. Skiba berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR Schilcher sagt, dass die FPÖ-Fraktion es nicht für richtig findet, über Beträge die eine bestimmte Summe überschreiten und den Bürger sehr wohl interessieren würden, dass diese im B-Teil behandelt werden und somit den Bürger von der Information ausschließen. Die FPÖ-Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen, da es auch im letzten Gemeinderat schon in Frage gestellt wurde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/1 abstimmen

Antrag:
Vertrauliche Beratung und Beschlussfassung

Beschluss:
Antrag angenommen

Für den Antrag:
SPÖ-, Grüne-, ÖVP- und BZÖ-Fraktion
Gegen den Antrag:
FPÖ-Fraktion

2. Resolution zur finanziellen Lage der Städte

Bgm. Skiba berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

GR Hiebl sagt, dass die BZÖ-Fraktion dieser Resolution nicht zustimmen wird. In dieser Resolution geht es in eine Richtung die stark mit Steuererhöhungen zu tun hat. Was er kritisieren möchte in diesem Zusammenhang ist, dass man sich hier auf die Weltwirtschaftskrise ausredet. Die Weltwirtschaftskrise ist sicher nicht schuld, dass es den Gemeinden so schlecht geht, denn das war schon vorher. In dieser Präambel steht auch etwas über eine umfassende Verwaltungs- und Staatsreform. Im letzten halben Jahr hat wahrscheinlich jeder verfolgt, was hier beabsichtigt ist. Jetzt gibt es die Aufteilung 60 : 40, die Herr Schüssel schon im ersten Paket gehabt hat, mit der Verwaltungsreform und zwar 60 % Ausgaben und 40 % Einsparungen. Jetzt wird auch wieder nur von Einnahmen gesprochen und das ist ja bekannt wo sie herkommen sollen. Bei Dienstleistungen im Bereich Wasser, Kanal und Müll handelt es sich um kommunale Aufgaben. Diese müssen nicht notwendigerweise soziale Dienste sein, sodass es zulässig ist, in diesem Bereich wirtschaftlich zu handeln. Wir haben im kommunalen Bereich bei Wasser und Kanal sehr wirtschaftlich gehandelt, weil wir fast hundert Prozent Gewinn aus diesem Titel haben. Er glaubt, dass die 100%-Deckelung vom Land aufgehoben wird. Weiters liest er über die Unabdingbarkeit eines Paketes zur Sicherung der Nachhaltigkeit der städtischen Haushalte und über faire Mittelaufteilungen durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich. Wir haben einen Finanzausgleich gehabt, der 2010 überprüft wird. Herr Mödlhammer sagte damals, dass der Finanzausgleich sehr gut ist und die Gemeinden über Jahre gesichert sind. Diese Sachen sind aber alle nicht eingetreten. Weiters stellt er zur gerechten Reform der Grundsteuer fest, dass dies zu Grundsteuererhöhungen und zu Belastungen der Bürger kommen wird. Das heißt, dass die Städte und Gemeinden wieder abkassieren und die Aufgabenreform wird wieder ein Relikt der Nichtdurchführbarkeit bleiben.

GR Mag. Ing. Haberfellner sagt, dass er sich in einem Punkt seinem Vorredner anschließt. Die FPÖ-Fraktion ist auch gegen eine Gebührenerhöhung für den Bürger. Im Sinne einer Aufgabenreform und der derzeitigen schlechten wirtschaftlichen Lage der Gemeinden wird die FPÖ-Fraktion diesem Antrag zustimmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/2 abstimmen.

Antrag:
Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Braunau am Inn beschließt vorliegende Resolution zur finanziellen Lage der Städte und übermittelt diese Resolution der Bundesregierung, dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Vizekanzler und Finanzminister sowie der OÖ. Landesregierung.

Beschluss:
Antrag angenommen

Für den Antrag:
SPÖ-, FPÖ-, Grüne- und ÖVP-Fraktion
Gegen den Antrag:
BZÖ-Fraktion

an GR/Tr am 26.3.2010

3. Disziplinarkommission bei der Bezirkshauptmannschaft Braunau; Bestellung eines Mitglieds sowie eines Ersatzmitglieds

Bgm. Skiba berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/3 abstimmen.

Antrag:
Gemäß § 142 Oö. Gemeindebedienstetengesetz 2001 werden von der Stadtgemeinde Braunau am Inn
a) Herr GR Max Angermeier als Mitglied und
b) Herr GR Friedrich Wagner als Ersatzmitglied

der Disziplinarkommission für Gemeindebeamte und -beamtinnen bei der Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn bestellt.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an Ia am 26.3.2010/Tr

4. Flächenwidmungsplan Nr. 4/2001 – Änderung Nr. 30 – Bellaflora; Erhöhung der Gesamtverkaufsfläche auf insgesamt 4.500 m²; Beschlussfassung durch Gemeinderat

Bgm. Skiba berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt

GRE Schmid sagt, dass er das Ganze als never ending story bezeichnen will. Er möchte aber mitteilen, dass die Grüne Fraktion immer gegen diese Erweiterung, teilweise auch gegen die Ansiedlung, gestimmt hat. Wir haben immer die Meinung vertreten, dass diese wertvolle wirtschaftliche Fläche für etwas anderes benötigt würde, z.B. für ein Möbelhaus. Wir müssen uns aber damit abfinden. Was ihn persönlich irritiert ist, dass die 4.500 m² von Bellaflora schon seit längerer Zeit in Verwendung sind, sodass diese Erweiterung nur mehr ein Formalakt ist.

GR Hiebl sagt, dass diese Angelegenheit jetzt zu Ende ist. Er hat immer gesagt, dass dies eine Linke war. Man hat uns damals ein großes Paket vorgelegt, wo wir dann aufgesprungen sind, aber letzten Endes ist von diesem Pakt nicht mehr viel übrig geblieben. Was er schade findet ist, dass man es nicht geschafft hat einen Eislaufplatz zu errichten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. lässt **der Vorsitzende** über TOP II/4 abstimmen.

Antrag:
Da keine negativen Stellungnahmen eingelangt sind, wird die Änderung Nr. 30 – Erhöhung Gesamtverkaufsfläche Bellaflora zum Flächenwidmungsplan Nr. 4/2001 laut Änderungsplan vom 03.11.2009 genehmigt.

Beschluss:
Antrag angenommen

Für den Antrag:
SPÖ-, ÖVP- und BZÖ-Fraktion
Gegen den Antrag:
Grüne-Fraktion
Gegen den Antrag durch Stimmenthaltung
FPÖ-Fraktion

an IIIb am 26.3.2010/Tr

5. Objekt Palmstraße 23 – Verkauf an Herrn Dr. Wolfgang Winkler, Braunau, Lieglstraße 15

Bgm. Skiba berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/5 abstimmen.

Antrag:
Zustimmung zum Abverkauf der Liegenschaft Palmstraße 23 an Herrn Dr. Wolfgang Winkler, Braunau, Lieglstraße 15, laut vorliegendem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenem Kaufvertragsentwurf vom 16.03.2010.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an IIb am 26.3.2010/Tr

III. Antrag des Ausschusses für Bau- und Straßenbauangelegenheiten:

1. Rahmenvereinbarung über Materialeinkauf BA 15 – Wasserversorgung und Instandhaltung Wasserleitungsnetz mit der Firma Weyland, Schärding und Firma Kontinentale, Wels

Bgm. Skiba berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP III/1 abstimmen.

Antrag:
Die Stadtgemeinde Braunau schließt eine Rahmenvereinbarung über den Materialeinkauf BA 15 – Wasserversorgung und Instandhaltung Wasserleitungsnetz mit der Firma Kontinentale, Marchstraße 11, 4600 Wels, in Höhe von EUR 86.651,10 und der Firma Weyland, Haid 26, 4780 Schärding, in Höhe von EUR 92.443,84 excl. Ust. ab (insgesamt EUR 179.094,94 excl. Ust.)

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an IIIa am 26.3.2010/Tr

IV. Anträge des Ausschusses für Finanzen und Förderungen:

1. Darlehensaufnahmen in Höhe von EUR 4,803.400,00 bei der Salzburger Sparkasse Bank AG zur Finanzierung von außerordentlichen Bauvorhaben

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/1 abstimmen.

Antrag:
Auf Grundlage der Darlehensausschreibung vom 25.01.2010 und der Darlehensangebote vom 24.02.2010 wird der Salzburger Sparkasse Bank AG, 5021 Salzburg, Alter Markt 3 für sämtliche ausgeschriebenen Darlehen der Zuschlag erteilt und es werden nach Ablauf der Stillhaltefrist nachstehende Darlehen laut zur Kenntnis gebrachten Schuldurkunden aufgenommen:

Investitionsvorhaben		Laufzeit	Tilgungsbeginn		Betrag
Wasserversorgung	BVerG	33 Jahre	30.06.2011	EUR	300.000,00
Abwasserbeseitigung BA 15	BVerG	33 Jahre	30.06.2011	EUR	800.000,00
Generalsanierung Hallenbad	-	10 Jahre	31.12.2010	EUR	414.000,00
Generalsanierung Hallenbad Aufsichtsbehördliche Genehmigung erforderlich	-	10 Jahre	30.06.2011	EUR	983.000,00
Generalsanierung Hallenbad - Zwischenfinanzierung Lds. Fördg. Aufsichtsbehördliche Genehmigung erforderlich	-	bis 2015	nach Einlangen der Förderungen	EUR	2.306.400,00
					4.803.400,00

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-
(ohne GR Dr. Lackner)

an IIa am 26.3.2010/Tr

2. Feuerwehr – Tarifordnung 2010 für entgeltliche (kostenersatzpflichtige) Einsatzleistungen bzw. Beistellung von Geräten durch die Freiwilligen Feuerwehren

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/2 abstimmen.

Antrag:
Die Verrechnung von entgeltlichen Einsatzleistungen bzw. Beistellungen von Geräten durch die Freiwilligen Feuerwehren in Braunau am Inn erfolgt gemäß der vorliegenden Feuerwehr-Tarifordnung 2010.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-
(ohne GR Dr. Lackner)

an Ib am 26.3.2010/Tr

3. B 156 Lamprechtshausener Straße – Schutzwegbeleuchtung B. Maier-; Übereinkommen Land (Kostenanteil Stadtgemeinde Braunau EUR 4.485,45 inkl. MwSt.)

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/3 abstimmen.

Antrag:
Dem Übereinkommen zwischen dem Land OÖ. und der Stadtgemeinde Braunau an der B 156 Lamprechtshausener Straße im Bereich B. Maier-Straße wird zu

a) Kostentragung für die Errichtung der Schutzwegbeleuchtungsanlage (einschließlich Blinklichtsignalgeber) mit 50 % Beteiligung und
b) ab Fertigstellung der Anlage Erhaltung und Betrieb

zugestimmt.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-
(ohne GR Dr. Lackner)

an IIIb am 26.3.2010/Tr

4. Moser Taxi GmbH – Errichtung einer analogen Taxi-Funkanlage im Rathausdachboden

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

GRE Schmid sagte, wenn es die erste Anlage dieser Art im Rathaus wäre, dann hätte die Grüne-Fraktion, nachdem es sich um eine relativ geringe Belastung für die Bevölkerung und für die Angestellten handelt, zugestimmt. Es ist aber nicht die erste Anlage, denn es bestehen schon drei Anlagen im Rathaus die eine weit höhere Leistung haben. Wir halten uns daher auch an unsere bisher gezeigte Meinung, dass im Bereich von Wohnhäusern solche Anlagen nicht tauglich sind und eine zusätzliche Anlage diese Belastungen nur weiter erhöht. Die Grüne-Fraktion wird sich daher der Stimme enthalten.

GR Hiebl sagt, dass er die Aussage von Herrn GR Schmid nicht versteht, da es sich um eine Anlage mit sehr geringer Belastung handelt. Man kann eine Taxi-Funkanlage ja nicht in den Wald bauen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/4 abstimmen.

Antrag: mit WiRa
Der Errichtung und Betreibung einer analogen Taxi-Funkanlage im Rathausdachboden durch Moser Taxi GmbH, Braunau, gemäß vorliegendem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenem Nutzungsvertrag im Entwurf vom 26.01.2010 wird zugestimmt.

Beschluss:
Antrag angenommen

Für den Antrag:
SPÖ-, FPÖ-, ÖVP- und BZÖ-Fraktion
Gegen den Antrag durch Stimmenthaltung
Grüne-Fraktion

an IIb am 26.3.2010/Tr

5. Fassadenaktion in Braunau am Inn; Mitbeteiligung des Bundes – Neufassung der Förderungsrichtlinien

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/5 abstimmen.

Antrag: mit Bau A.
a) In Braunau am Inn wird ab dem Jahr 2010 unter Beteiligung vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und der Landeskulturabteilung OÖ. eine neue Fassadenaktion gestartet.
b) Die Gemeinde Braunau stellt wie die anderen Förderungspartner jährlich einen Förderbeitrag in der Höhe von EUR 25.000,-- zur Verfügung.
c) Für die Abwicklung der Fassadenaktion und für die Berechnung der Beihilfen werden die Förderungsrichtlinien Fassadenaktion vom 22.1.2010 zugrunde gelegt.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an IIIb am 26.3.2010/Tr

6. Recyclinghof; Nutzungsvertrag mit FAB Reno OÖ

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/6 abstimmen.

Antrag: mit WiRa und Wohn. A.
Dem Nutzungsvertrag mit dem FAB Reno OÖ zur Nutzung von Büroflächen im städt. Recyclinghof im Ausmaß von insgesamt 95,60 m² wird gemäß vorliegendem Entwurf vom 09.11.2009 die Zustimmung erteilt.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an IIIc am 26.3.2010/Tr

7. Wärmelieferungsübereinkommen Hackgutanlage AWZ mit dem BAV-Braunau

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/7 abstimmen.

Antrag: mit WiRa
Dem Wärmelieferungsübereinkommen mit dem Bezirksabfallverband Braunau zur Wärmeversorgung der Objekte Altstoffsammelzentrum und Bürogebäude BAV über die Hackgutanlage des städt. Recyclinghof wird gemäß vorliegenden Entwurf vom 09.11.2009 die Zustimmung erteilt.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-
(ohne StR Buchmayr)

an IIIa am 26.3.2010/Tr

8. Weiterbetrieb Citybus bis 30.06.2010 durch ÖBB-Postbus GmbH

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/8 abstimmen.

Antrag: mit Verk.A.
Dem Auftrag vom 29.12.2009, Ib-705/5 Au, an die ÖBB-Postbus GmbH zum Weiterbetrieb des Citybusses Braunau bis 30.06.2010 zum Preis von EUR 60.928,98 monatlich netto wird zugestimmt.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an Ib am 26.3.2010/Tr

9. Baugrundstück 346/28, EZ 1223, Grundbuch 40014 Ranshofen – Verkauf an Fam. Suppan

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/9 abstimmen.

Antrag: mit WiRa
Dem Verkauf der gemäß Vermessungsurkunde des Herrn DI Brunner, Braunau, vom 26.01.2010, GZ 13529 neu gebildeten Grundstücke 346/44 mit 728 m^2 und 346/28 mit 742 m^2, Grundbuch 40014 Ranshofen, an die Ehegatten DI Helmut und Gertraud Suppan, Schüdlbauerstraße 18, Braunau, wird laut vorliegendem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Kaufvertrags-Entwurf vom 11.02.2010 des Notars Dr. Gittmaier, Braunau, zugestimmt.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an IIb am 26.3.2010/Tr

10. F&K Delvotec GmbH, Braunau – Betriebserweiterung; Grundankauf für Verlegung Techno-Z-Parkplatz, Grundverkauf und Wirtschaftsförderung an Fa. Delvotec

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/10 abstimmen.

Antrag: mit WiRa
Gemäß Vermessungsurkunde des Herrn DI Brunner, Braunau, GZ 13535 vom 01.02.2010 wird:

a) dem Ankauf des Teilstückes 3 mit 966 m^2 aus dem Grundstück 357/1, EZ 390, GB 40014 Ranshofen, von den Ehegatten Johann und Maria Landrichinger, Lach 1, Braunau, gemäß vorliegendem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Kaufvertrag im Entwurf vom 05.02.2010,

b) dem Verkauf des Teilstückes 1 mit 539 m^2 aus dem Grundstück 363/4, EZ 2079, GB 40014 Ranshofen, an die Firma Delvotec, Braunau, gemäß vorliegendem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Kaufvertrag im Entwurf vom 16.02.2010 sowie
c) der Wirtschaftsförderung an die Firma Delvotec, Braunau, in Höhe von 25 % von den Nettobeträgen der nachweislich geleisteten Zahlungen für die Errichtung des Ersatzparkplatzes für das Techno-Z auf dem neuen Grundstück 363/4 der Gemeinde und des Zaunes entlang der Grundgrenze zwischen den neuen Grundstücken 363/4 und 357/1

zugestimmt.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-
(ohne StR Köstler)

an IIb am 26.3.2010/Tr

11. E. Doppler & Co. GmbH, Ranshofen – Betriebserweiterung; Verkauf des Grundstückes 471/26, Grundbuch 40014 Ranshofen

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/11 abstimmen.

Antrag: mit WiRa
Dem Verkauf des Grundstückes 471/26 mit 419 m^2 aus EZ 2040, Grundbuch 40014 Ranshofen, an die VKB Leasing Projekterrichtungs-Gesellschaft m.b.H., Rudigierstraße 5-7, 4020 Linz, gemäß vorliegendem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Kaufvertrag im Entwurf vom 18.02.2010 wird zugestimmt.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-
(ohne StR Köstler
ohne GR Dr. Lackner wg. Befangenheit)

an IIb am 26.3.2010/Tr

12. Techno-Z Braunau Technologiezentrum GmbH; Erhöhung Stammkapital

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

GR Hiebl fragt, warum diese Kapitalerhöhung notwendig wurde bzw. was der Hintergrund dafür ist. Weiters fragt er an, ob die Angelegenheit in Bezug auf den ehemaligen Geschäftsführer Dr. Kreilinger schon abgeschlossen wurde.

Bgm. Skiba stellt fest, dass der Hintergrund für die finanzielle Kapitalerhöhung die Stärkung des Techno-Z generell ist. Die Angelegenheit von Herrn Dr. Kreilinger ist mittlerweile abgeschlossen. Es hat einen ausgehandelten Kompromiss zwischen ihm und dem Techno-Z gegeben. Details möchte er aber hier in der Gemeinderatssitzung keine bekannt geben. Es wurde aber übergangslos ein neuer Geschäftsführer eingesetzt und zwar Herr DI Maier. Herr DI Maier war vorher für einen Teilbereich des Techno-Z zuständig und ist mittlerweile als Geschäftsführer schon länger im Einsatz. Soweit er dies beurteilen kann, laufen die Geschäfte des Techno-Z unter dem neuen Geschäftsführer ganz gut.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/12 abstimmen.

Antrag:
Einer Erhöhung des Stammkapitals der Techno-Z Braunau Technologiezentrum GmbH von EUR 816.000,00 auf EUR 1.016.000,00 laut Beschluss der Generalversammlung vom 04.02.2010 wird nachträglich zugestimmt.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an IIa am 26.3.2010/Tr

13. Jubiläumsjahr 2010 Festveranstaltung am 12. Juni 2010
Anerkennungsbeitrag für am Umzug teilnehmende Vereine

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Bgm. Skiba teilt zur Information noch mit, dass momentan insgesamt rund 70 Anmeldungen von Vereinen bei der Stadtgemeinde vorliegen.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/13 abstimmen.

Antrag: mit Kultur A.
Alle Vereine, die am 12. Juni 2010 beim großen Festumzug teilnehmen, erhalten jeweils einen Anerkennungsbeitrag von EUR 200,00, der nach der Festveranstaltung überwiesen wird.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an KÖ am 26.3.2010/Tr

14. Haushaltvoranschlag 2010; Überplanmäßige Ausgaben

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/14 abstimmen.

Antrag:
Gemäß § 79 der OÖ. Gemeindeordnung in Verbindung mit § 15 GemHKRO wird bewilligt:
KREDITÜBERTRAGUNG

von Konto	1/8600-0200	Gärtnerei – Maschinen und masch. Anlagen	EUR	10.000,--
von Konto	1/8600-5230	Gärtnerei – nicht ganzjährig beschäftigte Arbeiter	EUR	5.000,--
auf Konto	1/8600-0400	Gärtnerei – Fahrzeugankauf	EUR	15.000,--

Ankauf eines Kastenswagens VW Caddy für Stadtgärtnerei lt. Finanzausschuss-Beschluss vom 4.3.2010, TOP D/72

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an IIa am 26.3.2010/Tr

15. Haushaltsvoranschlag 2010; Überplanmäßige Ausgaben

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/15 abstimmen.

Antrag:
Gemäß § 79 der OÖ. Gemeindeordnung in Verbindung mit § 15 GemHKRO wird bewilligt:
KREDITAUFSTOCKUNG

Konto	1/2490/7572	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen – Kostenzuschuss	EUR	31.600,00

Erhöhung des Gemeindezuschusses an den Trägerverein Familienzentren der OÖ. Kinderfreunde für die Krabbelstube in Folge Schaffung einer zusätzlichen Gruppe laut Finanzausschuss-Beschluss vom 4.3.2010,TOP D/65

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an IIa am 26.3.2010/Tr

16. Generalsanierung Hallenbad – Zutrittssystem und Tarifgestaltung

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/16 abstimmen.

Antrag: mit Sport A.
Die Gebührentarife für das Hallenbad und die Sauna werden laut vorliegendem Tarifblatt genehmigt.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an IIc am 26.3.2010/Tr

17. Citybus – NEU; Grundsatzbeschluss über neues Konzept; Verlängerung Vergütungsvertrag bis 11.12.2010

GR Ing. Weibold berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

GR Dr. Bertl sagt, dass die Grüne-Fraktion sehr froh ist, dass mit diesen Verträgen zwischen der Stadtgemeinde und dem Land der Betrieb des Citybusses gesichert werden kann. Wir haben jetzt auch einige Vorteile, denn wir haben neue Citybusse und wir haben eine neue Linienführung, die von Verkehrsexperten entworfen und auch abgesprochen wurde. Der Bahnhof wird auch regelmäßig angefahren, das heißt der öffentliche Verkehr wird attraktiviert und gleichzeitig werden Kosten für die Stadtgemeinde deutlich geringer. Die Stadtgemeinde kann den Citybus auch in der schwierigen finanziellen Zeit weiterführen. Die Liquidierung des Citybusses, was auch angedacht wurde, wäre ein schwerer Schlag, denn die Umweltbemühungen der Stadtgemeinde wären hier sehr beeinträchtigt worden.

Bgm. Skiba stellt ordnungshalber noch fest, dass eine Liquidierung des Citybusses nie angedacht wurde. Es gab nur eine Feststellung und zwar in die Richtung, dass der Citybusbetrieb auf das Budget bezogen eine der kräftigsten Ausgabepositionen ist.

GR Hiebl sagt, dass er nicht versteht, wo Herr GR Dr. Bertl das billige Citybuskonzept sieht. Vor einiger Zeit wurde beschlossen das Citybuskonzept neu zu entwickeln und zwar wegen der Linienführung. Es wurde deswegen auch darüber gesprochen, weil der Citybus wegen der neuen Linienführung billiger wird. Bis jetzt hatten wir einen Kostenaufwand von EUR 730.000,-- und jetzt hätten wir EUR 998.000,--. Grundsätzlich ist man davon ausgegangen, dass es durch die Veränderung der Linienführung und die Erreichbarkeit der Citybusse nur ein paar Prozentpunkte sind. Jetzt liest er aber, dass der Samstag ganz wegfällt und Mittagspausen eingeführt werden sollen, dann ist es für ihn doch eine massive Verschlechterung. Was er nicht ganz versteht ist, dass für diese neuen Citybusse die von der Post angekauft werden, nur für zwei Jahre ein Vertrag gemacht wird und diese dann abgeschrieben werden. Das heißt, wenn wir eine 10-jährige Laufzeit verwenden, schreiben wir also 20 % ab. Das heißt es wird nicht voll abgeschrieben, sondern nur der jährliche Anteil für die Abschreibung.

StR Buchmayr möchte sich bei allen Fraktionen bedanken und dazu Stellung nehmen. Es wurde durch sehr viel Einsatzkraft geschafft, zu einem Beschluss zu kommen. Die Mehrkosten sind deswegen zustande gekommen, weil deutlich mehr Kilometer gefahren werden und weil halbstündig gefahren wird. Insgesamt und dazu haben uns die Verkehrsplaner sehr intensiv geraten, war sehr wichtig, dass man diesen Halbstundentakt einführt. Dieser Halbstundentakt soll auch nicht unterbrochen werden, sondern es soll eine Mittagspause eingeführt werden. Es ist zu erwarten, dass der Citybus in Zukunft intensiver genützt wird. Was den Vertrag betrifft ist es tatsächlich so, wenn es beim Land im letzten Jahr noch einen Beschluss gegeben hätte, dann wäre eine Beauftragung der ÖBB über einen längeren Zeitraum wahrscheinlich gewesen. Das ist aber heuer nicht mehr möglich, da es in 2 Jahren dann EU-weit ausgeschrieben wird. Dies dient letztendlich auch der Wettbewerbsfähigkeit und den Kosten und wir werden sehen, ob sich überhaupt etwas verändert. Wir waren angehalten keine Mehrkosten zu erzeugen. Wir sind in Relation ziemlich bei den Kosten geblieben die wir bisher mit dem Citybus auch hatten. Am Samstag sind sowieso nur 2 Linien gefahren und waren relativ teuer. Das und die Mittagsverkürzung hat dazu geführt, dass wir jetzt einen besseren Service haben und neue Busse.

GR Ing. Weibold möchte zur Abschreibepraxis noch folgendes feststellen. Es betrifft nicht die Stadtgemeinde Braunau, denn den Vertrag macht der OÖ. Verkehrsverbund mit der Postbus GmbH. Treffen wird es uns über die Finanzmittel die fließen müssen. Bei der normalen Abschreibung wird ein Restwert hinein gerechnet und ab 2013 wird die Konzession europaweit neu ausgeschrieben und wenn der Postbus nicht mehr zum Zuge kommt, dann ist der Restwert mitgerechnet. Anders wäre es gewesen bei den Gasbussen, die erstens lauter und im Citybusbetrieb nicht erprobt sind, die hätten wir nach 2 Jahren abgeschrieben und diese Kosten hätten wir nicht vertreten können.

StR Bogner teilte mit, dass er überrascht ist, dass die Linie am Samstag eingestellt wird. Er versteht die Kostengründe und er weiß auch nicht wie das berechnet wurde. Es gab jetzt schon viele Diskussionen, weil der Citybus am Samstag nur mit 2 Linien gefahren ist und bereits um 11.00 Uhr Schluss war. Viele ältere Personen sind mit dem Citybus in die Stadt gefahren, konnten aber dann nicht mehr nach Haus fahren und jetzt ist der Citybus am Samstag völlig eingestellt. Er enthält sich der Stimme, weil er sich dem nicht anschließen kann.

StR Buchmayr stellt noch fest, dass der Samstag der Tag mit der schlechtesten Auslastung war.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/17 abstimmen.

Antrag:

a) Das Konzept „Citybus neu“ soll entsprechend dem einstimmig gefassten Beschluss des Ausschusses für Finanzen und Förderungen vom 04.03.2010, TOP E/23 und den getroffenen Absprachen mit dem Land Oberösterreich und der OÖVG vom 11.03.2010 umgesetzt werden.

b) Bis zur Beauftragung der ÖBB-Postbus GmbH durch die OÖGV wird der Verlängerung des bestehenden Vergütungsvertrages zum Betrieb des Citybusses vom 15.12.1999 zwischen der Stadtgemeinde Braunau am Inn und der ÖBB-Postbus GmbH bis 11.12.2010 mit einer Vergütungssumme von monatlich netto EUR 60.928,98 zugestimmt.

Beschluss:
Antrag angenommen

Für den Antrag:
SPÖ-, FPÖ-, Grüne-, BZÖ- und ÖVP-Fraktion ohne StR Bogner und GRE Großberger
Gegen den Antrag durch Stimmenthaltung
StR Bogner, GRE Großberger

an Ib am 26.3.2010/Tr

V. Anträge des Ausschusses für örtliche Raumplanung und örtliche Umweltfragen:

1. Flächenwidmungsplan Nr. 4/2001 – Waltraud Gann, Lieglstraße 4/24, 5280 Braunau; Widmung eines Teils aus Grundstück 683, KG Ranshofen von Grünland in Bauland-Wohngebiet –Ablehnung

GR Dr. Bertl berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Bgm. Skiba übergibt den Vorsitz an **Vbgm. Neulinger**.

StR Buchmayr sagt, dass er zu diesem Thema mit seiner Meinung in einer absoluten Minderheit ist. Vielleicht kann er aber etwas dazu beitragen, dass man sich genau überlegt was man hier macht. Er hat sich zu diesem Thema am Mitterweg im Google das angesehen. Hier gibt es bereits Häuser, wobei das dritte bereits gebaut wird und die Bauparzelle dahinter mit 730 m² nur für den Eigenbedarf gedacht ist, das war auch der Wunsch von Frau Gann. Er hat weder zu Frau Gann noch zu sonst irgendwem persönliche Kontakte. Wir haben in Braunau einen Abgang von Mitbürgerinnen und Mitbürgern und sehr wenig Möglichkeiten neue Leute anzusiedeln und außerdem ist der Baugrund in Braunau sehr teuer. Jetzt besitzt jemand einen Grund, der derzeit noch kein Baugrund ist, den man aber umwidmen könnte. Zur Vorgeschichte möchte er sagen, dass die Mutter von Frau Gann den Grund gekauft und umwidmen hat lassen, wobei sie davon zwei Parzellen verkauft hat. Jetzt hat sie den Kindern eine Parzelle gegeben und dort wird gerade gebaut und die Mutter zieht dann zu den Kindern. Die angesprochenen Versprechungen oder Information die weiter gegeben wurden, dass also dahinter nicht mehr gebaut werden kann, ist eine relative Angelegenheit und das wurde 1998 bewilligt und das ist 12 Jahre her. Man kann nicht erwarten, wenn man sich ein Grundstück kauft, dass sich das dann nicht 12 Jahre später ändern könnte. Das dort das Grundwasser sehr hoch ist, war dem Bauwerber bekannt und war kein Hinderungsgrund. Ihn hat auch noch ein anderes Thema das hier mitspielt und gleich in der Nähe ist dazu bewogen, hier etwas zu sagen. Er arbeitet bereits seit 7 Jahren im Planungsausschuss mit und hat hier auch sehr viel mitbekommen. Wenn man auf die gegenüberliegende Seite des

Mitterweges sieht, besteht direkt an der Bundesstraße und zwar der Ranshofner Straße, bereits eine Siedlung. Hier ist diskutiert worden, diese Siedlung deutlich zu erweitern ungefähr um den Faktor 4, mitten in die Felder hinein. Das entspricht auch nicht dem momentanen örtlichen Entwicklungskonzept. Wenn also wirtschaftliche Interessen dahinter stecken oder zum Teil persönliche Kontakte, dann ist das kein Thema, dann wird das durchgezogen. Wenn diese Kontakte nicht vorhanden sind und unter Umständen ev. auch noch ein Kanal etc. gemacht werden muss, dann ist es ein Hindernisgrund und darüber beklagen sich sehr viele Leute. Man kann in Braunau keinen Grund kaufen, weil man für den Grund schon sehr viel bezahlen muss. Wir wissen, dass noch sehr viele Baugründe existieren und nicht in Anspruch genommen werden. Seiner Einschätzung nach sind diese als Spekulationsobjekte einzuschätzen, zum Teil zumindest. Man müsste aber doch Ausnahmen machen und zwar dort wo ja schon verbaut ist und wo es eigentlich eine Fortführung in gerader Linie wäre. Er will damit nur bewirken, dass über das Thema nachgedacht wird und noch dazu in diesen Zeiten, wo man als Kommune nicht viel Geld in die Hand nehmen muss. Hier sollte doch ein Entgegenkommen gezeigt werden, wenn sich schon wer ansiedeln will in Braunau.

Vbgm. Neulinger übergibt den Vorsitz wieder an **Bgm.Skiba.**

GR Dr. Bertl sagt, dass über diesen Tagesordnungspunkt sehr ausführlich beraten wurde. Herr StR Buchmayr ist mit seinem Standpunkt auch in seiner Fraktion alleine geblieben. Der Grund war, dass für Frau Gann schon 3 Parzellen umgewidmet wurden und es wurde damals im Planungsausschuss gesagt, dass es das letzte Mal war. Inzwischen sind diese 3 Grundstücke die umgewidmet wurden, verkauft worden. Es ist eine schwierige Situation. Er hat diese Angelegenheit deshalb noch einmal zur Beratung in den Planungsausschuss gegeben, damit darüber noch einmal diskutiert wird. Die Argumente sind dann doch schlagend geworden, Rechtssicherheit für die anderen, die sich dort um Umwidmung bemühen, dort wo wir Baulandgrenzen eingezeichnet haben. Wir könnten in dieser GR-Sitzung auch nicht umwidmen, denn der Gemeinderat hat die feste einstimmige Absicht gehabt, dort eine Baulandgrenze zu machen. Die einzige Möglichkeit ist, dass wir ein örtliches Entwicklungskonzept erstellen müssen und über diesen Punkt noch einmal diskutierten und sehen ob wir diese Baulandgrenzen, die vom Gemeinderat definiert wurden, ob wir die ändern können.

StR Buchmayr stellt fest, dass es im Planungsausschuss jahrelang gedauert hat, ernsthaft zu diskutieren, ob auch andere Dachformen möglich sind. Man muss sicher etwas beweglicher werden. Er sagt, dass er sehr viele Ausnahmen vom örtlichen Entwicklungskonzept miterlebt hat. Das würde ihn interessieren, wie oft dies wirklich passiert ist.

Bgm.Skiba stellt fest, dass wir tatsächlich sehr oft mit dem konfrontiert werden, dass jüngere Leute kaum eine Chance finden, in Braunau einen einiger Maßen günstigen Baugrund zu erwerben. Es ist leider Gottes auch der Fall selbst in Verbindung mit Zahlungen, die für unbebaute Grundstücke zu leisten sind, dass sich viele Grundstücke nicht am Markt befinden und nicht verkauft werden. Er möchte feststellen, dass wir beim jetzt bestehenden Flächenwidmungsplan, ein anderer ist in Bearbeitung wo diese Dinge auch dann berücksichtigt werden sollen, wenn eine positive Entscheidung in diesem Gemeinderat getroffen würde, vom Land keine Genehmigung erfolgen würde. Das Land legt bei bestehenden Flächenwidmungen, Baulandgrenzen usw. eine ganz harte Vorgangsweise an den Tag.

GR Dr. Bertl sagt, dass er die Aussage von Bgm. Skiba bestätigen möchte. Es gibt nämlich gesetzliche Vorgaben. Wenn wir dem Land einen Flächenwidmungsplan mit Siedlungsgrenzen übergeben haben, dann haben wir keine Chance dieses Grundstück umzuwidmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP V/1 abstimmen.

Antrag:
Aufgrund des im Amtsvortrag angeführten Sachverhaltes wird wegen dem Widerspruch zum Örtlichen Entwicklungskonzept dem Antrag von Fr. Waltraud Gann, Lieglstraße 4/24, 5280 Braunau am Inn, zur Umwidmung eines Teils aus Grundstück 683, KG Ranshofen von derzeit Grünland in Bauland – Wohngebiet sowohl im örtlichen Entwicklungskonzept als auch im Flächenwidmungsplan nicht statt gegeben.

Beschluss:
Antrag angenommen

Für den Antrag:
SPÖ-Fraktion ohne StR Buchmayr und GR Wagner
FPÖ-, Grüne-, BZÖ-Fraktion
ÖVP-Fraktion ohne GR Furtner-Probst und GRE Großberger
Gegen den Antrag durch Stimmenthaltung
StR Buchmayr, GR Wagner, GR Furtner-Probst, GRE Großberger

an IIIb am 26.3.2010/Tr

2. Flächenwidmungsplan Nr. 4/2001 – Hofinger Josef, Hochstraße 17, 5282 Ranshofen; Umwidmung Grundstück 1316/1, KG Ranshofen, von Grünland in Bauland –Ablehnung

GR Dr. Bertl berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP V/2 abstimmen.

Antrag:
Aufgrund des Widerspruchs zu den Aussagen des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1 hinsichtlich der festgelegten definitiven Siedlungsgrenze und somit fehlenden Entwicklungsziele für eine Baulanderweiterung wird dem neuerlichen Antrag von Herrn Hofinger Josef, Hochstraße 17, 5282 Ranshofen, zur Umwidmung des Grundstückes 1316/1, KG Ranshofen, von derzeit Grünland in Bauland – Wohngebiet nicht stattgegeben.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an IIIb am 26.3.2010/Tr

3. Bebauungsplan Nr. 47 – FFW Ranshofen; Beschlussfassung der Neuerstellung des Bebauungsplanes gemäß § 33 Abs. 3 OÖ. ROG 1994 idgF

GR Dr. Bertl berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Bgm.Skiba gibt bei dieser Gelegenheit eine wichtige Information an den Gemeinderat weiter. Bekanntlich finden im Frühjahr für alle Feuerwehren die Jahresversammlungen statt. Er hat im Namen der Stadtgemeinde unseren Feuerwehren entsprechend gedankt, allerdings auch verbunden mit der Mitteilung, dass es bei drei vor uns liegenden Wunschbauvorhaben, Feuerwehrzeughäuser betreffend, durch die eigene finanzielle Situation und die finanzielle Situation des Landes, zu Verzögerungen kommen wird. Es wurde mit allen Feuerwehren und allen Zuständigen ein Prioritätenplan ausgearbeitet, wo es um die Zeughäuser und um Fahrzeuganschaffungen ging. Gegen Ende des ersten Halbjahres werden noch einmal alle zu einem Gespräch eingeladen, um über diesen Prioritätenplan zu reden. Zur Information möchte er auch noch mitteilen, dass es bei der FW Braunau eine Neuwahl gegeben hat. Herr Kommandant Reiter hat nach langjähriger Funktionstätigkeit sein Amt zurückgelegt und Herr Kollege Litzlbauer wurde mit großer Stimmenmehrheit als Kommandant gewählt. Wir haben auch die Gewissheit, dass die Zusammenarbeit und die Einsatzfähigkeit unserer Feuerwehren auch in Zukunft sehr gut funktionieren wird. Es ist Tatsache, dass man berücksichtigen muss, dass die Freiwilligen Feuerwehren uns als Gemeinde eine verantwortungsvolle Aufgabe abnehmen und diese Aufgabe erfüllen. Wir wären nicht dazu im Stande diese Aufgaben zu finanzieren. In diesem Bereich kommt das Ausmaß der Freiwilligkeit bei einer Einsatzorganisation ganz besonders zum Ausdruck. Er wollte dies dem Gemeinderat zur Information weiter geben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP V/3 abstimmen.

Antrag:
Da keine negativen Stellungnahmen im Zuge der durchgeführten Verfahrensschritte eingelangt sind, wird der Bebauungsplan Nr. 47 – FFW Ranshofen in der zuletzt vorliegenden Fassung vom 21.08.2009 samt Textteil genehmigt.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an IIIb am 26.3.2010/Tr

4. Bebauungsplan Nr. 24 –Alter Stadtkern; Änderung Nr. 47 –Wienerroither; Beschlussfassung

GR Dr. Bertl berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP V/4 abstimmen.

Antrag:
Da keine negativen Stellungnahmen eingelangt sind, wird die Änderung Nr. 47 – Wienerroither zum Bebauungsplan Nr. 24 – Alter Stadtkern laut Änderungsplan vom 27.10.2009 beschlossen.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-
(ohne Vbgm. Zeillinger)

an IIIb am 26.3.2010/Tr

5. Fuxhuber Franz, Lamprechtshausener Straße 50, 5280 Braunau am Inn, Maislinger Elfriede, Hammersteinplatz 7, 5280 Braunau am Inn; Umwidmung der Grundstücke 2904 und 2903, KG Ranshofen, von Grünland in Bauland; Zurückstellung – Revision FWP und ÖEK

GR Dr. Bertl berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP V/5 abstimmen.

Antrag:
Aufgrund der bevorstehenden Revision des ÖEK und Flächenwidmungsplanes werden die Ansuchen von Herrn Fuxhuber Franz, Lamprechtshausener Straße 50, 5280 Braunau am Inn und Frau Maislinger Elfriede, Hammersteinplatz 7, 5280 Braunau am Inn, im Zuge der Bedarfsprüfung für Betriebsbaugebiete und Betriebsstandorte behandelt und bis zu diesem Zeitpunkt zurück gestellt.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-
(ohne Vbgm. Zeillinger)

an IIIb am 26.3.2010/Tr

6. Anpassung der bestehenden Abfallordnung an die neuen Rahmenbedingungen des OÖ. AWG 2009

GR Dr. Bertl berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP V/6 abstimmen.

Antrag: mit WiRa
Die Abfallordnung der Stadtgemeinde Braunau am Inn wird gemäß vorliegendem und vollinhaltlich zur Kenntnis gebrachtem Entwurf vom 05.01.2010 inkl. Anhang 1 und 2 genehmigt.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-
(ohne GR Dr. Lackner, StR Buchmayr,
GRE Großberger, GR Steinhögl)

an IIIa am 26.3.2010/Tr

7. Gewerberechtliche Verfahren – Vorlage der Stellungnahmen der Stadtgemeinde zur Information

a) <u>E.Doppler & Co GmbH, Schloßstraße 24, 5282 Ranshofen</u>

Ge20-258-2009 – Ansuchen um die Erteilung der gewerberechtlichen Genehmigung für die Änderung der bestehenden Betriebsanlage durch die Errichtung und den Betrieb einer Lagerhalle mit Bürotrakt auf Grst.Nr. 471/26, 471/24 und 471/1, Kg Ranshofen, Schloßstraße 24, 5282 Ranshofen – Verständigung vom 13.1.2010, Stellungnahme vom 19.1.2010

b) <u>Daniela Grausgruber, Brunnberg 17, 4680 Haag a.H.</u>

Ge20-225-2009 – Errichtung und Betrieb eines Verkaufswagens/Verkaufscontainers für Kleinhandel für pyrotechnische Artikel der Klassen I und II auf Grst Nr. 274/1; KG Braunau, Stadtgemeinde Braunau am Inn - gewerberechtliche Genehmigung – Verfahren gem.
§ 359 b GewO 1994 – Verständigung 25.11.2009, Stellungnahme vom 3.12.2009, Bescheid vom 18.12.2009

c) <u>Hammerer Aluminium Industrie GmbH, Lamprechtshausener Straße 69, 5282 Ranshofen</u>

Ge20-103-2009 – Ansuchen um die Erteilung der gewerblichen Genehmigung für die Änderung der bestehenden Betriebsanlage durch
* die Erweiterung der Halle E, den Neubau eines Bürogebäudes, den Zubau einer Elektrostation, die Errichtung und den Betrieb einer Säge für Pressbolzen, Anlagen für die Schrottbemusterung sowie eines zentralen Gaselagers auf Grst.Nr. 483/61, KG Ranshofen; Lamprechtshausener Straße 69, 5282 Ranshofen, (Ge20-103-2009) sowie
* die Errichtung und den Betrieb einer Profillagerhalle „Logistikhalle“ auf Grst.Nr. 1425/5, KG Mitternberg; Gemeinde Neukirchen a.d.E. (Ge20-194-2009) - Verständigung vom 9.11.2009, Stellungnahme vom 18.11.2009 bzw. 2.12.2009

d) <u>Wimleitner Mario, Appersting 1 b, 4952 Weng i.I.</u>

Ge20-242-2009 – Errichtung und Betrieb einer Sportbar im Standort Erlachweg 3, 5280 Braunau am Inn, auf Grst. Nr. 274/8, KG Braunau – gewerberechtliche Genehmigung Verfahren gemäß § 359 b GewO. 1994 – Verständigung 21.12.2009, Stellungnahme 11.1.2010, Bescheid vom 25.1.2010

e) <u>Ober Thomas, Auf der Haiden 42, 5280 Braunau am Inn</u>

Ge20-226-2009 – Änderung der bestehenden Gaststättenbetriebsanlage durch die Erweiterung der Gasträume, den Einbau einer Lüftungsanlage, die Verlegung der Terrasse sowie die Vergrößerung des Parkplatzes im Standort Auf der Haiden 42, 5280 Braunau am Inn, auf Grst. Nr. 371, KG und Stadtgemeinde Braunau am Inn – Verständigung vom 20.11.2009, Stellungnahme vom 30.11.2009, Bescheid vom 15.12.2009

f) <u>Schiller Peter, Linzerstraße 24, 5280 Braunau am Inn</u>

Ge20-234-2009 – Änderung der bestehenden Gaststättenbetriebsanlage im Standort Sparkassenstraße 8, 5280 Braunau am Inn, durch die Verlängerung der Öffnungszeiten täglich bis 24.00 Uhr – gewerberechtliche Genehmigung, Verfahren gem. § 359 b GewO. 1994 – Verständigung vom 1.12.2009, Stellungnahme vom 14.12.2009, Bescheid vom 22.12.2009

g) <u>Daum Georg, Ach 15, 5122 Hochburg-Ach und Mari Peter, Dr. Pascher-Straße 5, 5280 Braunau am Inn</u>

Ge20-191-2009 – Errichtung und Betrieb eines Buffets sowie Anpassung der Lüftungsanlage in der Tennishalle auf Grst. Nr. 314/2, KG Ranshofen, Stadtgemeinde Braunau am Inn – gewerberechtliche Genehmigung – Verfahren gemäß § 359 b GewO. 1994 – Verständigung vom 1.12.2009, Stellungnahme vom 10.12.2009, Bescheid vom 22.12.2009

h) <u>Bogner Helmut, Haselbach 26, 5280 Braunau am Inn</u>

Ge20-206-2009 + Ge20-159-2005 – Ansuchen um die Erteilung der gewerberechtlichen Genehmigung für die Änderung der bestehenden Gaststättenbetriebsanlage durch diverse Umbau- und Änderungsmaßnahmen sowie den Anbau eines Gastraumes im Obergeschoß auf den Grst.Nr. .43, 392/1, 392/2, 392/3, 393/2 und 393/3, KG Braunau, Haselbach 22, 5280 Braunau am Inn – Verständigung vom 8.2.2010, Stellungnahme vom15.2.2010

Antrag:
Die Stellungnahmen der Stadtgemeinde werden zur Kenntnis genommen.

GR Dr. Bertl berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP V/7 abstimmen.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-
(ohne StR Bogner bei TOP V/7h wg.Befangenheit
ohne GR Dr. Lackner, StR Buchmayr, GRE Großberger,
GR Steinhögl, GR Furtner-Probst)

an IIIa am 26.3.2010/Tr

VI. Antrag des Ausschusses für Kulturangelegenheiten:

1. Egon Ranshofen-Wertheimer-Preis; Verleihung

StR Pointner berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP VI/1 abstimmen.

Antrag:
Zustimmung zur Verleihung des Egon Ranshofen-Wertheimer-Preises 2010 an Herrn Dietmar Schönherr.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmmig-
(ohne GR Dr. Lackner, GR Steinhögl,
GR Furtner-Probst)

an Ib am 26.3.2010/Tr

VII. Antrag des Ausschusses für Verkehrsangelegenheiten:

1. Michaelistraße – HTL, Verlängerung der bestehenden 30 km/h Beschränkung

StR Buchmayr berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP VII/1 abstimmen.

Antrag:
Die Verordnung einer 30 km/h Geschwindigkeitsbeschränkung für den Bereich Michaelistraße sowie Osternbergerstraße wird laut vorliegendem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenem Entwurf vom 02.03.2010 einschließlich Lageplan und Stellungnahme des straßenverkehrstechnischen Amtssachverständigen genehmigt.

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-
(ohne GR Wagner)

an Pol. 26.3.2010/Tr

VIII. Anträge des Prüfungsausschusses:

1. Überblick Prüfungsarbeit der letzten GR-Periode, Bericht des Prüfungsausschusses vom 27.1.2010 (Beilage)

Bgm. Skiba berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP VIII/1 abstimmen

Antrag:
Der Bericht des Prüfungsausschusses vom 27.1.2010 wird zur Kenntnis genommen

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an Tr am 26.3.2010/Tr

2. Überprüfung des Veranstaltungszentrums in Hinblick auf die aktuelle Nutzung, das heißt laufende Kosten, Auslastung durch Veranstaltungen, Veranstaltungsentgelte, Mieter und Mietkosten, allfällige Kompensationen von Mieten durch Vereinsförderungen, allfällige unentgeltliche Nutzung des VAZ, leer stehende Räumlichkeiten etc.; Bericht des Prüfungsausschusses vom 21.2.2010 (Beilage)

Bgm. Skiba berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP VIII/2 abstimmen

Antrag:
Der Bericht des Prüfungsausschusses vom 21.2.2010 wird zur Kenntnis genommen

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an Tr am 26.3.2010/Tr

3. Rechnungsabschluss 2009; Bericht des Prüfungsausschusses vom 5.3.2010 (Beilage)

Bgm. Skiba berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt.

GR Ing. Weibold stellt fest, dass der Vorsitzende und auch der Stellvertreter nicht anwesend sind. Er möchte zum Rechnungsabschluss 2010 eine Anmerkung machen. Auf Seite 4 steht bei Marktbestimmte Betriebe - sind aus steuerlichen Gründen ausgelagert und in Kg ´s umgewidmet; Vorteile wegen der Mastrichtkriterien, Wasserversorgung, Abwasserwirtschaft, Wohnungsverwaltung. Diese Ausführungen sind „Stumpfsinn“ und wären zu korrigieren.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP VIII/3 abstimmen

Antrag:

a) Der Rechnungsabschluss 2009 wird im vollen Umfang genehmigt

b) Die restlichen Kreditüberschreitungen und Abweichungen auf der Einnahmenseite werden nachträglich zur Kenntnis genommen und genehmigt.

c) Der Abgang im ordentlichen Haushalt in Höhe von EUR -1,528.325,63 und des außerordentlichen Haushaltes in Höhe von EUR -555.103,74 sind frühestens im Nachtragsvoranschlag 2010 oder spätestens im Voranschlag 2011 zu veranschlagen

Beschluss:
Antrag angenommen -einstimmig-

an Tr am 26.3.2010/Tr

IX. Allfälliges

1. Antrag gemäß § 46 Abs. 3 OÖ. GemO betreffend Einrichtung eines Beirates für Strukturfragen

Bgm.Skiba berichtet an Hand des Aktes über den Tagesordnungspunkt und teilt mit, dass es ein Antrag aller vier Gemeinderatsfraktionen ist. Weiters teilt er mit, dass Endziel dieser Einrichtung sein soll, aufgrund der schlimmen budgetären Situation, eine Entscheidungsgrundlage zu finden, die dann am Schluss dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen ist und dann auch bestimmte Maßnahmen zu setzen sind.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IX/1 abstimmen.

Antrag:

a) Mit Rechtswirksamkeit dieses Beschlusses wird aus den Reihen der im Gemeinderat der Stadt Braunau am Inn vertretenen Fraktionen ein Beirat für Strukturfragen eingerichtet.

b) Dieser Beirat besteht aus sieben Mitgliedern, wobei der SPÖ-Fraktion die Entsendung von drei Mitgliedern, der FPÖ-Fraktion die Entsendung von einem Mitglied sowie der Fraktion der Grünen und der ÖVP und des BZÖ die Entsendung je eines Mitgliedes zukommt.

c) Zweck des Beirates ist es, dem Finanzausschuss Vorschläge und Anregungen in Budgetangelegenheiten unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse der vom Bürgermeister im Schreiben vom 22.2.2010 (Vorgangsweise zum Eruieren von Einsparungsmöglichkeiten) vorgeschlagenen Vorgangsweise zu unterbreiten.

d) Die Wahl der Mitglieder hat in der nächsten Sitzung des Gemeinderates zu erfolgen.

Beschluss:

Antrag angenommen -einstimmig-
(ohne GR Georg)

an Bgm. + Dr.Bt + GL am 29.3.2010

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt **der Vorsitzende** die Sitzung um 20.30 Uhr.

Der Vorsitzende …Skiba eh…….....

Unterschriftsermächtigter der SPÖ-Fraktion ....Angermeier eh.....

Unterschriftsermächtigter der FPÖ-Fraktion ....Haberfellner eh.....

Unterschriftsermächtigter der Grüne-Fraktion .....Hackl eh.....

Unterschriftsermächtigter der ÖVP-Fraktion .....Lackner eh.....

Unterschriftsermächtigter der BZÖ-Fraktion ……Hiebl eh……..

Schriftführerin ……Trauner eh.……

Gegen die vorliegende Verhandlungsschrift wurden keine Einwendungen erhoben

Braunau am Inn,.....20.5.2010.....

Der Vorsitzende .....Skiba eh.....